

## Wahlniederlage / Konsequenzen / Sozialistisches Profil

Liebe Genossinnen und Genossen,

uns alle beschäftigt der Krieg in der Ukraine. Trotzdem: die Strategiekonferenz wurde ja auch einberufen um die Wahlniederlage vom 26.09. einzuschätzen, denn diese markiert eine tiefe Krise unserer Partei. Tiefer als die von 2002.

Schauen wir daher noch einmal zurück auf die Wahlergebnisse: Wahlforscher unterscheiden zwischen Stammwähler:innen und Wechselwähler:innen. Besonders wichtig sind für linke Parteien die Stammwähler:innen, die Überzeugungstäter. Erst sie geben einer linken Partei ein Fundament. 2009 hatten wir noch 2,5 Millionen Stammwähler:innen. Von diesen gingen in den nachfolgenden 3 Bundestagswahlen bis 2021 50 Prozent verloren. Vor allem Arbeiter, Angestellte, Rentner, Erwerbslose. Mehrheitlich wechselten sie zu den Nichtwähler:innen, zu kleineren Protestparteien und leider auch in Richtung AfD. Zuwächse erzielte die Partei in dieser Zeit vor allem in bürgerlichen und urbanen Milieus. Da haben wir ja nichts dagegen. Doch unter dem Eindruck der Kanzlerwahl Laschet contra Scholz gingen auch diese Wechselwähler:innen wieder verloren. Beides zusammen, vor allem der Verlust in der Stammwählerschaft, drückte die Partei unter die 5 -Prozent.

Wiederholt warnte der Ältestenrat vor einer „Anpassung an und [eine] Teilhabe in politische Herrschaftsstrukturen“ und mit denen das soziale Profil der LINKEN verloren gehe.

Woher kommt dieser Hang zur Integration, den auch linke Parteien immer wieder unterliegen? In den 1970er Jahren hat Wolfgang Abendroth das mal für die SPD untersucht. Als subjektive Träger eines solchen Integrationsprozesses machte er vor allem die hauptamtlich tätigen Parteiarbeiter aus. Die Sogwirkung parlamentarischer Integration, die das bürgerlich-parlamentarische System auf Abgeordnete und ihre Mitarbeiter ausübt. Diese – so die damalige These von Abendroth – würden im Laufe der Zeit eigene Interessen ausbilden, die sich weniger aus der Parteidebatte, aus dem Programm, sondern aus alltagspraktischen Komponenten ihrer parlamentarischer Tätigkeit ergeben. Auch systemoppositionelle Parteien, die das Primat des außerparlamentarischen Kampfes aufgeben, könnten so leicht zu Staatsparteien werden, die v.a. nach Regierungsbeteiligungen streben. Die Schnelligkeit des Umbruchs 1989 / 1990, wie auch dann im Fusionsprozess mit der WASG, ließ es jedenfalls kaum zu Mechanismen zu entwickeln, die einen solchen Prozess behindern.

Nehmen wir die PDS. Sie entstand im Moment ihrer größten Niederlage. Einerseits war sie damit Trägerin sozialistischer Vorstellungen, wie sie vor allem in der DDR gewachsen waren, andererseits konnte sich in den Wirren des Übergangs dann häufig auch die durchsetzen, die möglichst schnell ankommen wollten in dieser neuen Gesellschaft. Das politische Profil der Partei war schon damals sehr brüchig. 2002 scheiterte die PDS dann an der 5-Prozent-Hürde bei den Bundestagswahlen. Erst die Agenda-Krise, die zu großen Protesten führte, auch zur Herausbildung der WASG, erbrachte dann eine zeitweilige Stabilisierung. Im öffentlichen Bild, auch im eigenen Selbstverständnis, waren wir fortan die Partei, die für „Soziale Gerechtigkeit“ steht.

Wie sehr sich die LINKE davon inzwischen entfernt hat zeigen die Wahlergebnisse. Auch die berühmten „Kompetenzwerte“. Nicht mal im sozialen Bereich trauen uns die Menschen noch zu, nützlich zu sein.

Sprechen wir über das Wahlprogramm. 160 Seiten stark. Für jede und jeden war da was drin. Aber ergibt sich daraus ein politisches Profil?

Wie stark der Wunsch in Teilen der Fraktions- und Parteiführung inzwischen ausgeprägt ist in Regierungen zu kommen, zeigte sich noch im Wahlkampf mit dem Sofortprogramm kurz vor den Wahlen. Die vier Vorsitzenden aus Partei und Fraktion änderten mal eben die Wahlstrategie. Schaut man sich die damaligen Umfragewerte an, so war genau das dann der Zeitpunkt, wo es mit unserer eh schon geschwächten 7-Prozent-Partei dann richtig in den Keller ging. SPD und Grüne seien gar nicht so schlecht, war die Botschaft in Talksendungen. Man müsse sie nur vor der FDP beschützen. 1.4 Millionen Wählerinnen und Wähler quittierten dies damit, dass sie dann gleich das „gar nicht so schlechte“ Original wählten. Fast genauso viele – das wird meist vergessen – wechselten aber auch in eine andere Richtung, besonders in Richtung der Nichtwähler:innen und kleinerer Protestparteien. Alles zusammengerechnet samt jenen, die erneut zur AfD gingen, war das ein fast ebenso großer Block.

### **Die „diversifizierte und sozial gespaltene Gesellschaft“**

*Christiane Schneider* spricht in ihrem Papier von einer „diversifizierten und sozial gespaltenen Gesellschaft“, mit teils vereinbaren, teils aber auch schroff entgegengesetzten Interessen. Sie meint damit nicht den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, wenn sie erläuternd hinzufügt, dass sich entlang solcher Konfliktlinien politische Bewegungen entwickelt haben, deren unterschiedliche „emanzipatorische Anliegen“ die Partei aufgreifen und nach eigenen Maßstäben verarbeiten müsse. Dafür zitiert Christiane das Manifest der Kommunistischen Partei von Karl Marx und wonach die freie Entwicklung jedes einzelnen, die Bedingung für die freie Entwicklung aller sei. Doch was dabei an den Rand rückt, ist der Umstand, dass die Autoren dieses Manifests einen solchen Zustand erst für eine spätere sozialistische Gesellschaft für möglich hielten. Befreit vom Kapitalismus.

Hilfsweise will Christiane deshalb nun den Staat in die Pflicht nehmen. Sie bezieht sich dabei auf die Artikel 1 bis 20 des Grundgesetzes, die neben politische Freiheit, auch „soziale Teilhabe“ fordern. Überspitzt formuliert: Christiane will Sozialismus ohne Sozialismus, mit dem bürgerlichen Staat als treibenden Akteur.

Regierungsbeteiligungen, so heißt es weiter, seien gut, wenn mit ihnen eine Ausweitung und konkrete Gestaltung umkämpfter Güter und vor allem emanzipatorische Teilhaberechte zu stärken sind. Einen quantitativen oder qualitativen Maßstab lässt sie dafür freilich vermissen. Reicht ein bisschen Teilhabe für die eine Gruppe, oder soll es mehr sein? Teilhabe soll es aber sein, sonst verweigere Die LINKE Verantwortung für sozialen und demokratischen Fortschritt.

Dass sich die Klasse der Lohnabhängigen, die 90 Prozent der Bevölkerung ausmacht, in modernen kapitalistischen Gesellschaften ausdifferenziert, nicht nur im Lohnniveau, sondern auch in ihren kulturellen und sonstigen Ansprüchen, kann niemand bestreiten. Aber welche Konsequenzen leiten wir daraus ab? Reicht es, dass wir dafür dem Staat, und der in der Betrachtung von Christiane, ja fast schon wie eine neutrale Instanz ausschaut, Lösungsvorschläge machen? Die dieser Staat, weil er so gütig ist, dann umsetzt? Ich halte das für unreal.

In Frankreich erleben wir gerade wie so etwas schon eher geht. Dort holte der linke Präsidentschaftskandidat enorm auf. In dem er die gemeinsamen (!) Interessen der Klasse der Lohnabhängigen betonte. Mehr Demokratie zum Beispiel. Er fordert eine 6. Republik, also nicht weniger als den Sturz des bisherigen politischen Systems, um Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass gesellschaftlich relevante Schichten, auch Bewegungen, in einem Dialog ihre gemeinsame Zukunft bestimmen. Zu seinen Wahlkampfkundgebungen kamen bis zu 100.000 Menschen. Menschen mit unterschiedlicher Hautfarbe, Junge und Alte, Menschen

mit gemeinsamen Interessen und darüber hinaus gehenden auch auseinandergehenden Partikular-Interessen. Gemeinsam schaffen sie sich so einen Raum um in Aktionen und in Debatten diese Widersprüche zu besprechen. Der Kandidat forderte sie dazu auf selbst aktiv zu werden.

### **Wie erreichen wir gesellschaftspolitische Veränderungen?**

Natürlich sind wir für mehr soziale Teilhabe. Für eine Verteidigung und einen Ausbau sozialstaatlicher Leistungen. Dafür stellen wir Anträge in den Parlamenten. Dafür konfrontieren wir die anderen immer wieder mit der Wahrheit und ihren eigenen Unzulänglichkeiten. Aber wir dürfen nicht davon ausgehen, dass wir unsere Anliegen dort durch Aushandlungsaktionen ohne Druck von außen durchsetzen können. Stehen 5000 Menschen vor der Tür, sieht das schon mal anders aus.

Gesellschaftliche Kraft entsteht nicht dadurch, indem wir unterschiedliche Ansprüche einfach unvermittelt nebeneinanderstellen, Solidarität nur als eine moralische Kategorie fassen. Solidarität entsteht aus politischer Verständigung, in gemeinsamen Aktionen. Aus Einsicht in die Notwendigkeit mit anderen solidarisch zu sein, weil es einem auch selber nützt. Eine linke Partei, die den Klassenkonflikt vor lauter Bäumen nicht mehr sehen möchte, damit ihr sozialistisches Ziel aufgibt, wird indes nichts durchsetzen und für Bewegungen auch nicht nützlich sein. Und damit sind wir bei der ersten Leitfrage angekommen: Wer kann Veränderung bewegen? Und welche Rolle spielen wir dafür selbst? Veränderungen können vor allem die von staatlichen Maßnahmen und durch die kapitalistische Ausbeutung betroffenen Menschen selber durchsetzen, indem sie für ihre eigenen Interessen aktiv werden. Unser Rolle als Partei besteht darin dafür zu sagen: schaut mal her, es geht auch anders. Es gibt Alternativen zur Ausbeutung von Mensch und Natur. Alternativen für mehr Demokratie. Wege mit denen wir die Verfügungsgewalt des Kapitals einschränken und mittelfristig auch aufheben.

Im auf dem Landesparteitag beschlossenen Antrag „Aufgaben der LINKEN“ machen wir das etwas konkreter: Regulierung der Arbeitsbeziehungen. Arbeitszeitverkürzung mit Lohn- und Personalausgleich, Rekommunalisierung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge, Verbot von Leiharbeit – das und etliches mehr schafft einen Rahmen für viele. Es ist auch eine Voraussetzung dafür dem Rassismus und der Diskriminierung gesellschaftliche Grundlagen zu entziehen. Wir unterstützen Kämpfe für die Enteignung großer Wohnungsbaugesellschaften und es gibt überhaupt keinen Grund, dies quantitativ von vornherein zu begrenzen. Mieten sollen sich generell an den Bestandsmieten orientieren. Wohnungen und Grundstücke in städtischer Hand dürfen nicht verkauft werden. Das schränkt Spekulationsgeschäfte ein.

Und ähnlich ist es in der Klimapolitik. Ohne Konversion der sozialökologisch gefährlichsten industriellen Kapitale, darunter übrigens auch der Rüstungsindustrie, geht Klimapolitik nicht. Dafür müssen Eigentumsfragen aufgeworfen werden. Das beginnt konkret damit indem wir Initiativen unterstützen, die auf städtische Energieversorgungsunternehmen orientieren.

### **Regierungsbeteiligungen ohne eine vorherige Änderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse führen in eine Niederlage**

Vergessen wir nicht: alle wirklich relevanten Veränderungen der letzten Jahrzehnte wurden außerparlamentarisch angeschoben. Was indes ohne eine Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse passiert, wenn wir also nur einseitig auf Regierungsbeteiligungen setzen, können wir überall in Europa – und für die letzten 30 bis 35 Jahre – beobachten: Linke Parteien werden unglaublich und strudeln in verheerende Niederlagen. Das ist die

klare Bilanz aller entsprechenden Versuche in Europa. Wieso glauben wir, dass ausgerechnet die deutsche LINKE klüger ist als alle anderen?

Natürlich: Wählerinnen und Wähler erwarten häufig, dass sich ihre Wahlentscheidung möglichst schnell auch in der Geldbörse bemerkbar macht. Lösen können wir diesen Widerspruch nur mit Massenverankerung und Massenmobilisierung. In den Stadtteilen, in Bürgerinitiativen, in Bewegungen. Aber auch durch die Mobilisierung unserer Wählerinnen und Wähler. Wie weit wir davon entfernt sind, zeigt der Vergleich mit Frankreich.

Die funktionalen Beziehungen zwischen dem Monopolkapital und dem Staat sind heute enger als in früheren Zeiten. Sinkende Profitraten – bei gleichzeitiger Erhöhung der Profitmasse – schränken aus der Sicht des Kapitals den Spielraum für Klassenkompromisse ein. Die bürgerlichen Parteien passen sich nicht zuletzt deshalb inhaltlich-programmatisch immer mehr an. Sie werden austauschbar. Gleichzeitig wird die bürgerlich-parlamentarische Demokratie durch Verfassungsänderungen unterminiert. Eine wichtige Rolle spielen dafür die EU-Normen. Das merken wir bis hinein in die Bezirksversammlungen. In der staatlichen Reproduktion dieser in viele Milieus nicht nur gespaltenen, sondern auch gezielt aufgespaltenen Gesellschaft, schlägt sich dies – das scheint jetzt widersprüchlich zu sein – in einer zunehmenden Parteienpluralität nieder. Doch genau hingeschaut hat das damit zu tun, dass wirklich relevante Interessen für alle Lohnabhängigen immer weniger Berücksichtigung finden. Nischenpolitik kann das nicht kompensieren. Die frühere Parteienkonkurrenz wird so – trotz größerer Pluralität – abgelöst von einer Art assimilativen Zirkulation (jede und jeder kann mit jedem, alles ist austauschbar), die aber in letzter Konsequenz zur Selbstaflösung dieses Parteiensystems treibt. Es wäre vollkommen wahnsinnig, wenn wir meinen daran mit einer 5- oder 10-Prozent Partei allein etwas ändern zu können. Radikale, wirksame Reformen durchzusetzen, das geht nur mit einer Offensive von unten – unter Beteiligung vieler Menschen.

Damit bin ich bei der dritten Frage. Welchen Gebrauchswert hat DIE LINKE? Ihr Gebrauchswert besteht in ihrer Widerständigkeit, in ihrer klaren Abgrenzung zum neoliberalen Parteienquartett. Als politisches Bindeglied in und zwischen sozialen Bewegungen, als nützlicher Faktor für Bewegungen innerhalb der Parlamente. Und sie besteht darin immer wieder auf die Klassenwidersprüche hinzuweisen. Von mir aus auch mit anderen Worten. Formulieren wir in diesem Zusammenhang unsere eigenen Bedürfnisse (!) für ein besseres Leben. Diskutieren wir das mit anderen. So entsteht Offensive von unten. Das wiederum beginnt zum Beispiel mit einer aktivierenden Form von Sozialberatung. Es beginnt mit zunächst kleinen Aktionen zur Verhinderung von Zwangsräumungen oder der Sperre einer Stromzufuhr. Es kann beginnen mit Preisstopp-Aktionen, in einer Zeit galoppierender Inflation. Es kann beginnen mit der Besetzung von leerstehenden Wohnraum. Und es verlangt immer wieder Aufklärung in die Wirkungsweise dieses Systems, das nicht nur uns, sondern viele andere in den Wahnsinn treibt. Das wiederum kombiniert mit radikaler, kompromissloser Friedenspolitik. Zu letzterem dann aber mehr in der Arbeitsgruppe gemeinsam mit Christiane.

(Andreas Grünwald, 07.04.2022)